Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1534. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 41. Freitag, 17. Februar 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 53. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Wiederherstellung unseres Nationalwohlstandes.

WTB. Es wird wohl nie gelingen, die unserer Volkswirtschaft durch den Krieg verursachten Verluste auch nur einigermaßen genau zu ermitteln. Ebenso wenig werden wir je erfahren, was uns den eigentlich die Inflation gekostet hat. Wir haben jahrelang nicht nur einen großen Teil unserer für den Export bestimmten laufenden Produktion unter dem Gestehungspreis verschleudert, wir haben auch, geblendet durch die Dollars und durch anderes Edelgeld, viel von unserem nationalen Besitztum gegen ganz unzureichende Bezahlung hingegeben. Immerhin gibt es zu denken, daß von den Wohn- und Geschäftshäusern Groß-Berlins 16%, das ist fast ein Sechstel, Ausländern gehört, und daß sich dieser Prozentsatz auf 28% hebt, wenn man nur den Stadtkern und die nächsten Vororte in Betracht zieht. Bei wirtschaftlichen Unternehmungen erfährt die Oeffentlichkeit nur in Ausnahmefällen, daß Ausländer eine erhebliche Minderheitsbeteiligung erworben haben. Meist ist der ausländische Besitz an deutschen Wirtschaftsunternehmungen nicht minder zersplittert als der deutsche Besitz. Jedenfalls gibt die Aufstellung der in einem gewissen Zeitabschnitt aufgenommenen Auslandsschulden kein zutreffendes Bild davon, wie wir noch tatsächlich Verfügungsgewalt über unsere Produktionsmittel behalten haben.

Die Reichs-Kredit-Gesellschaft hat in ihrem Neujahrsbericht über die wirtschaftliche Lage ausgeführt, Deutschland habe in den letzten Jahren seine inneren Anlagen um etwa 6—8 Milliarden Mark jährlich vermehrt. Wäre das richtig, — den Nachweis bleibt die genannte Gesellschaft schuldig — so wäre allerdings eine jährliche Neuverschuldung gegenüber dem Auslande um etwa 2 Milliarden Mark nicht besonders beängstigend. Insbesondere war eine solche Verschuldung in Hinblick auf ein in deutschen Aktiengesellschaften angelegtes Kapital in Höhe von 30 Milliarden Mark nicht als beunruhigend anzusehen. Das Mißliche ist nur das, daß sich eine solche Zunahme der inländischen Neuinvestitionen nicht beweisen läßt. Sieht man sich die Gewinnausschüttungen deutscher Wirtschaftsunternehmungen in den letzten Jahren an, so kann man nicht feststellen, daß hier ein stetiger Aufstieg zu verzeichnen ist. Gesellschaften mit gesteigerten Gewinnen stehen andere mit steigenden Verlusten gegenüber. In der großen Mehrheit erträglos ist die Landwirtschaft geblieben. Man weiß also nicht recht, wo denn die großen Ueberschüsse erzielt worden sein sollen, die die Mittel zu den inländischen Neuinvestitionen geliefert haben. Unbewiesene und unabweisbare Behauptungen über die Wiederherstellung unseres Nationalwohlstandes sind aber geeignet, die Ansprüche unserer eigenen Volksgenossen über den Rahmen des Erfüllbaren hinaus zu steigern und vor allem in den Reparationsländern weitgehende und sachlich unberechtigte Vorstellungen über die deutsche Zahlungsfähigkeit zu erwecken. Die sichtbare Kapitalbildung, d. h. die Spar- und Giro-Einlagen in den Sparkassen und Banken hat zwar erfreulich zugenommen. Sie haben Ende 1927 bereits wieder über 5½ Milliarden Mark erreicht. Vor dem Kriege beliefen sie sich allerdings auf fast 20 Milliarden Mark. Selbst wenn das sichtbar gebildete Kapital jährlich um einige Hundertmillionen zunehmen sollte, wird es noch eine ganze Reihe von Jahren dauern, ehe das deutsche Sparerpublikum auf dem inländischen Kapitalmarkt wieder die starke Vorkriegsstellung erlangt haben wird. Wir wollen auch nicht die Hoffnung aufgeben, daß uns das im Laufe der Zeit gelingen wird. Es ist aber unehrlich gegen uns selber und außerdem aus außen- und innenpolitischen Gründen unzweckmäßig, wenn Fortschritte behauptet werden, die sich nicht nachweisen lassen und die den Anschein erwecken, als gäbe es in Deutschland bereits angesammelte Wirtschaftsreserven zu verteilen oder zu beschlagnahmen.

Dr. Croll.

Reichsratsbeschlüsse.

vdz. Berlin. Der Reichsrat erklärte sich in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Donnerstag damit einverstanden, daß die Abrechnungsstelle bei der Reichsbank in Trier als Abrechnungsstelle im Scheckverkehr anerkannt wird.

Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland. Der Gesetzentwurf faßt die bisherigen zerstreuten Bestimmungen über diese Angelegenheit, die in einer ganzen Reihe von Verordnungen geregelt war, zusammen unter Beseitigung überflüssig gewordener Verordnungen. Zweck des Gesetzes ist eine bessere Erfassung der Waren und eine genauere Festsetzung des Wertes. Das Gesetz wird von der Regierung für besonders notwendig gehalten, um den Anforderungen zu entsprechen, die bei Handelsverträgen gestellt werden. Es ist ein Rahmengesetz und enthält nur die Dauerbestimmungen, während die wechselnden Bestimmungen der Reichsregierung zur Ausführung vorbehalten bleiben sollen.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf entsprechend einem Vorschlag des Reichswirtschaftsrats dahin ergänzt, daß die Reichsregierung nicht ermächtigt werden soll, die statistische Abgabe zu erhöhen oder zu ermäßigen, sondern daß dies im Wege der Gesetzgebung erfolgen muß. — Den Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wurde die Mündelsicherheit zuerkannt.

Der Kampf um den Auflösungstermin.

Die Besprechungen am gestrigen Abend.

vdz. Berlin. Nach der Kabinettssitzung fand eine **Parteiführerbesprechung** statt. Wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. hört, erklärten sich die Vertreter aller vier beteiligten Parteien **mit der im Kabinett beschlossenen Lösung der Frage des Liquidationsschädengesetzes einverstanden.** Meinungsverschiedenheiten bestanden nur noch über die Entschädigungssätze. Eine neue Staffelung dieser Sätze soll bis zum Freitag gesucht werden. Für Freitag vormittag ist eine neue Kabinettssitzung in Aussicht genommen, in der die übrigen Punkte des Arbeitsprogramms zum Abschluß gebracht werden sollen.

Ueber die **gemeinsame Besprechung der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtags** erfährt das Nachrichtenbüro des V. D. Z. aus Zentrumskreisen, daß sich völlige Uebereinstimmung beider Fraktionen darüber ergab, daß gleichzeitig mit der Auflösung des Reichstags auch die des Preußischen Landtags erfolgen solle.

Die **Sozialdemokratische Reichstagsfraktion** erklärte sich in ihrer Sitzung damit einverstanden, daß der Etat und der Nachtragsetat unter Kontingentierung der Debatten bis spätestens Ende März erledigt wird. Der Kleinrentnerunterstützung will die Fraktion zustimmen mit der Maßgabe, daß gleichzeitig auch die Bezüge der Sozialrentner aufgebessert werden. Die Fraktion sprach die Erwartung aus, daß die bisherigen Regierungsparteien keine Erhöhungsanträge, auch nicht für die Landwirtschaftshilfe im Nachtragsetat stellen werden, und sie machte ihre Zustimmung zu dem Arbeitsprogramm davon abhängig, daß durch rechtzeitige Auflösung des Reichstags die **Neuwahlen spätestens zum 13. Mai vorgenommen werden können.**

•

Die heutige Reichstagssitzung.

Berlin. (Funkspruch.) Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Torgler (Komm.) die Heraufsetzung eines Mißtrauensantrages gegen das gesamte Reichskabinett auf die Tagesordnung. Der Antrag lautet: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages".

Von rechts wird Widerspruch erhoben, der Mißtrauensantrag kann also nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums wird beim Kapitel Siedlungswesen fortgesetzt.

Die Beratungen über das Arbeitsprogramm.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichskabinett setzte heute vormittag seine Beratungen über das geplante Arbeitsprogramm fort und brachte insbesondere die Erörterung der **zur Linderung der landwirtschaftlichen Not erforderlichen Maßnahmen** zum Abschluß.

Die Verhandlungen des Kabinetts dauern an.

Preußen gegen eine vorzeitige Reichstagsauflösung.

vdz. Berlin. Aus maßgebenden Kreisen der preußischen Regierungskoalition wird dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erklärt, daß eine sofortige Auflösung des Reichstags für den Landtag insofern unerwünscht und unannehmbar wäre, als damit verhindert würde, daß der rechtzeitig eingebrachte preußische Etat für 1928 nun auch verabschiedet werden kann. Dies würde nicht nur bedeuten, daß die bisher geleistete umfangreiche Etatarbeit fruchtlos bliebe, sondern daß namentlich auch die großen und wichtigen Aufgaben des preußischen Staates auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, der Fürsorge für die Grenzgebiete usw. eine unerträgliche Verzögerung erfahren. Wenn die Länder, so wird hinzugefügt, schon das Opfer bringen sollen, ihre Wahlen zusammen mit denen zum Reichstag durchzuführen, dann möchten sie wenigstens noch ihren Etat für 1928 im Interesse einer geordneten Staatswirtschaft verabschieden. Würde das verhindert, so wäre es abgesehen von den bedeutsamen und für das preußische Volk sehr unliebsamen praktischen Auswirkungen auch eine Belastung für alle Parteien im Länderwahlkampf, denen man dann mit Recht vorwerfen könnte, daß sie nicht einmal die erste Voraussetzung parlamentarischer Arbeit erfüllt und den Staatshaushalt verabschiedet hätten. Da der Landtag den Etat bis Ostern verabschieden will, würde eine Neuwahl vor Ende April für ihn nicht annehmbar sein.

•

Eine neue Parteigruppe.

Berlin. (Funkspruch.) Die Reichstagsabgeordneten Döbrich, Dorsch und Hänle haben sich im Reichstag zu einer selbständigen Parteigruppe unter dem Namen „Christlich-nationale Bauernpartei" zusammengeschlossen.

Die Aussperrungen in der Metallindustrie.

)(Berlin. In sämtlichen Werken des Siemens-Konzerns, der rund 100 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, ist gestern abend eine Bekanntmachung der Firma angeschlagen worden, in der es heißt: Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, Solidarität zu üben, und die Gesamtaussperrung für seinen Bereich angeordnet. In Ausführung dieses Beschlusses kündigen wir hiermit sämtlichen bei uns beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen mit der Wirkung, daß das Arbeitsverhältnis am Mittwoch, 22. Februar 1928, mit Schluß der ersten Schicht endet.

)(Berlin. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung beantragten die Kommunisten dringlich, den Metallarbeitern Sympathie auszusprechen und dem Streikkomitee einen erstmaligen Betrag von 500 000 Mark zu übermitteln. Gegen die sofortige Behandlung wurde jedoch Widerspruch erhoben.

Aussperrung in der Metallindustrie Mittelbadens.

Karlsruhe. (Funkspruch.) Der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens gibt bekannt, daß ab 7. März die gesamte Belegschaft des Landesbezirks Mittelbadens ausgesperrt wird. Es kommen rund 15 000 Arbeiter in Frage.

Der Konflikt in der bayrischen Metallindustrie.

Nürnberg. (Funkspruch.) In Ausführung des Beschlusses des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ist in sämtlichen, dem bayrischen Industriellen-Verbande angeschlossenen Metall verarbeitenden Betrieben die Bekanntmachung angeschlagen, daß die Belegschaften am Mittwoch, den 22. Februar, mit Arbeitsschluß ausgesperrt werden. Von der Aussperrung dürften in ganz Bayern etwa 80- bis 85 000, davon in Nürnberg-Fürth allein mehr als 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, betroffen werden.

6prozentige Lohnerhöhung in der bayrischen Metallindustrie.

* München. (Telunion.) Vom bayrischen Sozialministerium ist ein Schiedsspruch des Landesschlichters, der eine 6prozentige Lohnerhöhung für die bayrische Groß-Metallindustrie vorsieht, für verbindlich erklärt worden.

Die neuen Schlichtungsverhandlungen im Mitteldeutschen Metallarbeiterstreik.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichsarbeitsministerium traten heute vormittag um 11 Uhr unter Vorsitz des Schlichters für Thüringen, Ministerialrat Hanschild, die Parteien der Mitteldeutschen Metallindustrie zu den vom Reichsarbeitsminister angeordneten neuen Schlichtungsverhandlungen in dem Lohnstreit in der Mitteldeutschen Metallindustrie zusammen. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen sich sehr lange hinziehen werden und gegebenenfalls morgen fortgesetzt werden müssen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Schlichtungsverhandlungen im Mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikt nahmen, wie eine Korrespondenz berichtet, einen ziemlich lebhaften Verlauf, da beide Parteien sich nicht zu wesentlichen Zugeständnissen bereit erklären zu können glaubten. An den Verhandlungen nahm u. a. auch ein Vertreter der Vereinigung der Arbeitgeberverbände teil. Der Vorsitzende, Ministerialrat Hanschild, unterbrach gegen ½1 Uhr die Verhandlungen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, im eigenen Kreise darüber zu beraten, ob eine weitere Fortsetzung der freien Verhandlungen Aussicht habe oder nicht.

Umfassende Lohnbewegungen zum Frühjahr.

vdz. Berlin. Nach der bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geführten Tarifstatistik über etwa 380 Tarifverträge, die sich auf rund 5,3 Millionen industrielle Arbeiter erstrecken, können zu Ende der Monate Februar, März und April 247 Tarifverträge für rund 3,2 Millionen Arbeiter fast aller wichtigen Industriezweige gekündigt werden. Im Februar laufen ab 33 Tarife mit 217 000 Arbeitern, im März 171 Tarife mit 2 170 000 Arbeitern und im April 43 Tarife mit 808 000 Arbeitern, darunter etwa 436 000 Bergarbeiter. Nach den Aeußerungen der Gewerkschaftspresse ist anzunehmen, daß die Kündigungen durchweg erfolgen werden. Die Wirtschaft wird also in größtem Umfange mit dem Abschluß neuer Tarifverträge zu rechnen haben.

SLUB
Wir führen Wissen.